hms zu übermitteln. Die Gouvernementsschule unterrichtet 41 Schüler; zwei wissenschaftliche und zwei Elementarlehrer teilen sich die Arbeit.

Man trennt sich mit einem bitteren Gefühle von der Denkschrift und den von ihr so fürsorglich-liebevoll geschilderten Einzelheiten. Was für Kräfte und was für Unsummen setzt das Reich in Bewegung, um sich von dem Verfasser der Denkschrift sagen zu lassen, daß der positive Erfolg gleich Null ist. Seit zwanzig Jahren steht Deutschland mit unter den Kolonialmächten; die Kolonien haben endlose Reihen von Millionen verschlungen und verschlingen weiter, und man wundert sich nur, daß solche Denkschriften wirklich den Mut haben, „Einnahmen" aufzuführen.

Was für Kulturaufgaben hätten in Deutschland mit den Summen gelöst werden können, die hier einfach weggeworfenes Geld bedeuten! Was für Unsummen wären noch hinzugekommen, die man so für Flottenvergrößerungen verbraucht hat, um andere Kolonialmächte von der Versuchung fernzuhalten, uns vielleicht gar unserer „herrlichen" Kolonien berauben zu wollen.

Die bürgerlichen Parteien haben die Warnungen der Sozialdemokratie vor dem Uferlosen verlacht, sie verdächtigt und geschmäht. Der Herero-Aufstand wird den Bewilligungseifrigen vielleicht ein Hinweis, daß eine Zeit kommt, in der sie für ihre törichten Alldeutschlands-Phantasien bitteres Lehrgeld zu bezahlen haben. Aber sie wollen nicht hören — sie müssen also fühlen!

Politische Uebersicht.

Die Welt wird schöner mit jedem Tag!

Die „Herren im Hause" haben zuweilen merkwürdige Einfälle, von denen man nicht weiß, sind sie ein Ausfluß der tieferen „sozialpolitischen Weisheit" oder einfach ein Ergebnis von anmaßender Unverschämtheit. So sind die Arbeiter der Vereinigten chemischen Fabriken in Leopoldshall mit einem Unternehmerukas beglückt worden, der allerdings unverkennbar alle Merkzeichen der letzten „Tugend" trägt und verrät, daß die „Weisheit" hier einen bedenklichen Anstrich von Schöppenstädterei zeigt.

Auf Grund einer Bekanntmachung, die feierlich am „schwarzen Brett" angeschlagen war, sollen nämlich künftig **Arbeiter**, die einen **Unfall erlitten** haben, mit **1 M. Strafe** (!) belegt werden! Als der Ukas den Arbeitern vorgelesen wurde, wurde ihnen zugleich mitgeteilt, daß obendrein jedem, dem ein Unfall passiert, eine **Lohnkürzung** zugedacht würde. Tatsächlich sind bereits verschiedene Arbeiter, die im Betriebe verunglückten, mit Strafe belegt worden. Die **Meister**, die den betreffenden Revieren, wo der Unfall passiert, vorstehen, werden **ebenfalls** und zwar mit zwei Mark für jeden Unfall bestraft!

Unter den Arbeitern, die „kein Verständnis" für solche Proben von Unternehmerweisheit haben, herrscht Empörung. Und niemand wird bestreiten, daß sie ein Recht dazu haben. Es ist selbstverständlich, daß ein Arbeiter in solchen gefährlichen Betrieben mit der nötigen Vorsicht zu Werke geht. Vielleicht ist es den „Herren im Hause" unbekannt, daß auch Arbeiter ihr Leben lieb haben, und daß es erste und heiligste Pflicht ist, in ausreichendster Weise für **Schutzvorrichtungen** Sorge zu tragen, die bei einiger Vorsicht jede Möglichkeit eines Unfalls ausschließen.

Aber es ist ein feines Exempel: Man spart das „überflüssige" Geld für umfassende Schutzvorrichtungen und — verdient noch an den Unfällen, die den Arbeitern, die in solchen gefährlichen Betrieben Leben und Gesundheit aufs Spiel setzen, zustoßen.

Zwei bürgerliche Stimmen über Crimmitschau.

Die Soziale Praxis führt in einer Besprechung der Lehren von Crimmitschau aus: „Wenn auch schweren Herzens haben sich die Arbeiter gefügt und ebenso würdig den Kampf beendet, wie sie ihn im großen und ganzen vom ersten bis zum letzten Tage geführt hatten", und gibt als einen der Hauptgründe an, der die Ausgesperrten veranlaßte, sich bedingungslos zur Wiederaufnahme der Arbeit bereit zu erklären: „Das **Versammlungsverbot** verschloß der Möglichkeit, den Mut der Schwankenden neu zu beleben." Damit ist direkt ein Vorwurf gegen die ausgesprochen, die solche Maßregeln verhängt haben und noch unverhüllter und schärfer kommt der berechtigte Tadel in den folgenden Wendungen zum Ausdrucke:

Der Ausstand in Crimmitschau hat von neuem die Tatsache bestätigt, die schon bei den Aussperrungen in Wirmsdorf, Herlohn, Berlin in die Erscheinung trat, daß bei einheitlichem Zusammenwirken die Arbeitgeber dank ihrer wirtschaftlichen Ueberlegenheit, dank ihrer größeren Bewegungsfreiheit infolge einer nachsichtigen Auslegung der gesetzlichen Bestimmungen, dank endlich **dem größeren Entgegenkommen**, das sie bei den Behörden finden, von vornherein ein Uebergewicht gegenüber den Arbeitern besitzen, das meist zu ihrem Siege führt.

Diese Tatsachen drohen eine Kräfteverschiebung herbeizuführen, **die mit Recht Bedenken** erregen muß. Wenn auch ohne Einschränkung **den Arbeitgebern** zugestanden werden muß, sich wie die Arbeiter zu Organisationen zusammenzuschließen, so muß auf der anderen Seite ebenso bestimmt die Bedingung erfüllt werden, daß auch bei der Ausübung ihres Koalitionsrechts beide Parteien mit gleichem Maße gemessen werden, **nicht aber eine zum mindesten engherzige Gesetzesauslegung den Arbeitern verbietet oder erschwert**, was bei den Arbeitgebern als ein selbstverständliches Recht angesehen wird."

Ueber das „Grundobjekt des Crimmitschauer Kampfes", die Forderung des Zehnstundentags, schreibt die Soz. Praxis:

„Es hatze Wasserins Meer schütten, wollte man noch Gründe für den Zehnstundentag und seine Zweckmäßigkeit anführen. Erfahrung und Wissenschaft stehen hier einmütig zusammen, sie haben den Beweis überzeugend und unwiderleglich geführt. Es unterliegt keinem Zweifel, daß auch für Deutschland der Zehnstundentag kommen wird, daß seine gesetzliche Einführung — vielleicht zunächst für Frauen und Jugendliche, die dann von selbst auch den weiteren Schritt nach sich zieht — in absehbarer Zeit erfolgen wird. Die Regierung muß dem immer stärker werdenden Ansturm schließlich Folge geben. Von Jahr zu Jahr wieder ist die Forderung im Reichstage aufgestellt worden, von Jahr zu Jahr hat sich die Majorität, die bisher gegen seine allgemeine Durchführung stimmte, verringert. Auch in diesem Jahre sind dem Reichstage dahingehende Resolutionen großer Parteien zugegangen."

Ob der Optimismus berechtigt ist, mit „ziemlicher Sicherheit" anzunehmen, daß sich schon in diesem Jahre eine Reichstagsmehrheit für die Zehnstundentagsforderung finden würde, darf man nach den Erfahrungen über den Fortschritt auf dem Gebiete der sozialen Gesetzgebung allerdings bezweifeln.

Mit noch bittereren Worten als die Soziale Praxis äußert sich Hans Delbrück in den Preußischen Jahrbüchern über das Ende von Crimmitschau. Er schreibt:

„Nicht der Streik an sich (merkwürdig, wie sich die Bürgerlichen auf die ganz falsche Bezeichnung „Streik" festbeißen!) und nicht der Gegenstand des Konflikts ist es, der ein so ungeheueres Aufsehen erregt hat, sondern allein **die Parteinahme der sächsischen Behörden.** Es kann **keine größere Selbsttäuschung** geben, als daß die Sozialdemokratie hier eine Niederlage erlitten habe. So wäre es vielleicht, wenn die Unternehmer aus eigener Kraft gesiegt hätten. Da sie nun aber mit Hilfe der Polizei gesiegt haben, so ist nichts sicherer, als daß die gesamte deutsche Arbeiterschaft sich von neuem in dem Glauben gestärkt hat, daß **der bestehende Staat ein bloßer Klassenstaat und ihr Feind** sei.

Völlig verfehlt ist die Ausrede, die Behörden hätten eingreifen müssen, weil die Streikenden bloß eine Machtprobe hätten machen wollen. Erstens ist es **nicht** wahr: ein elfstündiger Arbeitstag, namentlich für verheiratete Frauen, ist so überaus hart und der zehnstündige ein so großer sozialer Fortschritt, daß ganz gewiß den Crimmitschauer Arbeitern und namentlich den Arbeiterinnen unendlich viel an ihrer sachlichen Forderung lag. Auch haben sie ja erklärt, daß sie schon mit einer halbstündigen Verkürzung jetzt zufrieden sein würden. Zweitens aber, selbst wenn es eine Machtprobe war, **was ging es die Behörden an?** Haben die Arbeiter nicht ebensogut ein Recht auf Macht wie die Arbeitgeber?"

Wie wird man im Lager der „Sieger" diese ehrlich gemeinten Auslassungen aufnehmen? Man wird mit aller Lungenkraft über verhüllten Professorensozialismus schimpfen. Die lauten Warnungen werden nicht beachtet und siegesgewisser als sonst werden die geschäftsmäßigen Scharfmacher danach schreien, man müsse dem Kampfrufe: „Herr im eigenen Hause" mit aller Härte Nachdruck geben.

Der Aufstand der Hereros.

Ueber die militärische Lage im Aufstandsgebiete schreibt die Köln. Ztg.: Windhoek ist gegen Norden abgeschnitten, Okahandja von allen Seiten und ebenso Otjimbingwe. Bis Karibib sind die Deutschen Herren der Bahnlinie, aber Regengüsse und die eingetretenen Ueberschwemmungen haben im Tale des Khanflusses die Strecke zerstört. Der Kommandant des Habicht „hofft" bis Anfang Februar die Linie wieder herstellen zu können. Von Karibib aus hatte das Landungskorps begonnen, die Bahn fahrbar zu machen; Regen hatte sie aber von neuem zerstört. Wenn die Witterung sich nicht ändert, will man anscheinend auf die Herstellungsarbeiten verzichten und den Fußmarsch nach Osten antreten. Von Karibib bis Okahandja sind es an der Bahn entlang 116 Kilometer, wieviel Tage aber die Entsatzungstruppen nötig haben würden, sie zurückzulegen, kann man nicht ermessen.

In den Berliner Neuesten Nachrichten läßt sich ein Leutnant Gentz, vermutlich ein ehemaliger Offizier der Schutztruppe, folgendermaßen vernehmen:

„Der Aufstand in Südwestafrika bedeutet eine schwere Schädigung für die Entwicklung der Kolonie. Er bringt uns — darüber wollen wir uns klar sein — fast wieder **dahin zurück, wo wir vor 20 Jahren angefangen** haben. Trotz allem hat aber auch er sein Gutes. Er hat ein für allemal die Unhaltbarkeit des bisherigen Systems der Eingeborenenbehandlung bewiesen, das früher oder später fatalmme Erfolge zeitigen mußte. Die Forderungen, die bei dem heutigen Zustande der Kolonie an die zukünftige Eingeborenen-Politik gestellt werden müssen, und die nicht heute zum erstenmal aufgestellt werden, sind: Schwächung der Macht der Kapitäne; Rechtsprechung über die Eingeborenen allein durch die Distriktschefs usw.; allgemeine Entwaffnung der Eingeborenen; Beschränkung der Eingeborenen-Reservate zwecks Schaffung des jetzt fehlenden Regierungslandes zur Besiedelung mit Weißen; Besteuerung der Eingeborenen in einem Maße, das die Möglichkeit einer Konkurrenz der Eingeborenen mit der weißen Farmerbevölkerung aus der Welt schafft; Hebung der Stellung des Europäers dem Farbigen gegenüber in jeder Beziehung.

Was die verfehlte bisherige milde (!) Eingeborenen-Politik in ihren natürlichen Folgen dem Lande, speziell seiner Farmerbevölkerung, geschadet hat, das muß unter allen Umständen wieder gutgemacht werden durch weitgehende Einschränkung der Rechte der aufrührerischen Eingeborenenstämme zugunsten der schwer geschädigten und bisher im Verhältnis zu den Eingeborenen oft recht stiefmütterlich behandelten (!) weißen Farmer. Nicht **ein Lamm darf im Besitze der rebellischen Stämme bleiben**, solange noch ein Farmer nicht für die durch den Aufstand entstandenen Verluste entschädigt ist."

Bekanntlich ist der Aufstand hauptsächlich deshalb ausgebrochen, weil die Eingeborenen durch das Händlerunwesen in Südwestafrika in völlige Verarmung gerieten. Es ist nur schade, daß der menschenfreundliche Leutnant Gentz, der eine vollständige und planmäßige Eigentumsberaubung der Eingeborenen als letztes Mittel vorschlägt, nicht gleich den Plan vorlegt, sämtliche Eingeborenen standrechtlich zu erschießen. Das wäre doch noch „radikaler". Freilich würden dann den Farmern die billigen Arbeitskräfte fehlen, die man durch die Eigentumsberaubung der Eingeborenen zu erhalten hofft.

Arbeiterrecht.

Seit mehr als drei Jahrzehnten steht die Frage nach der privat- und öffentlich-rechtlichen Stellung der Arbeiter-Berufsvereine zur Diskussion. 1884 brachte unsere Fraktion bereits einen ausgearbeiteten, erschöpfenden Gesetzentwurf ein, zu Dutzenden Malen hat der Reichstag Petitionen, Resolutionen, Initiativanträge über diesen Gegenstand beraten, angenommen, der Regierung überwiesen. — Unterdessen bestehen die schlimmsten Mißstände ruhig weiter. Auf privatrechtlichem Gebiet ist das bekanntlich gar nicht kleine Berufungen der Gewerkschaften, für das Millionen mühsam erarbeiteter Groschen entfremdet hingegeben worden sind, vollkommen schutzlos; haben doch die Berufsvereine nicht einmal das Klagerecht — Oeffentlich-rechtlich besteht § 152 alle dem freien Koalitionsrecht entgegenstehenden Gesetze, aber die landesgesetzlichen Bestimmungen über Vereine und Versammlungen, die Auslegungskünste der Gerichte, die Willkür der Verwaltungsbehörden führen sie wieder ein. —

All das sind Zustände, die keinem der Reichstagsabgeordneten, ja überhaupt keinem Menschen in ganz Deutschland unbekannt sind. Ueber sie zu urteilen, hat keinen Sinn mehr; sie müssen geändert werden. So erwartete man denn, daß am Sonnabend, wo das Zentrum den Reichskanzler nach dem Zeitpunkt und Inhalt der Reform befragte, ein vollständiger Gesetzentwurf, dem höchstens noch die Paragraphenzahlen fehlten, die Antwort sein würde. Aber als nach der im wesentlichen durchaus treffenden Begründung der Interpellation durch Herrn Dr. Trimborn Staatssekretär Graf Posadowsky sich zur Beantwortung erhob, hörte man nichts weiter als „grundsätzlich nicht abgeneigt" und „gewisse Bedenken und Schwierigkeiten". Mit anderen Worten: Es ist noch gar nichts geschehen, und vorläufig wird alles beim alten bleiben.

Unser Genosse Legien kennzeichnete denn auch nach eingehender Schilderung der gegenwärtigen unhaltbaren Lage diese Saumseligkeit der herrschenden Parteien und Klassen mit aller Deutlichkeit und zeigte am Beispiel Crimmitschaus, wie Behörden und Unternehmer mit dem Koalitionsrecht umspringen. Eine starke Wirkung übten besonders die neuen Mitteilungen über die Machenschaften der Crimmitschauer Unternehmer gegen die Arbeiter und den Textilarbeiter-Verband hervor.

Der Rest der Debatte brachte nichts Hervorragendes. Die halb komischen, halb ernsten Scharfmacher-Reden des Frhrn. v. Richthofen und des Herrn v. Kardorff, und die mehr oder minder sozialreformerisch angehauchten der Abgeordneten Hieber (natl.), Ablaß (freis. Volksp.) und Potthoff (freis. Vereinigg.), Brejski (Pole) und Sticker (christlich-sozial) füllten mit Einzelheiten die lange Sitzung, die sich bis nach ½8 Uhr hinzog. Keiner unter all diesen bürgerlichen Abgeordneten ist entschlossen, die Regierung vorwärts zu zwingen, wenn auch Herr Trimborn im Schlußwort seine Unzufriedenheit mit der Erklärung des Staatssekretärs zu erkennen gab. Ueber das Koalitionsrecht der Staatsarbeiter, das selbst der Frankfurter Arbeitertag unbedingt verlangt hat, schweigt die heuchlerische Sozialpolitik des Zentrums; es weicht dem Konflikt mit der Regierung aus.

Deutsches Reich.

Berlin, 1. Februar. Für die Reichstagsersatzwahl in Eschwege-Schmalkalden ist der Termin nach der Freis. Ztg. jetzt amtlich schon auf den 15. Februar festgesetzt worden.

— Eine neue Fabrik der Reichsmilitärverwaltung soll in Spandau errichtet werden, die dazu bestimmt ist, den Bedarf der Armee an Artilleriemunition zum größten Teile zu decken. Es wird den Namen Geschoßfabrik erhalten.

Wahlrechtsraubplan in Bremen. Die freie Hansestadt Bremen beabsichtigt, ihr allen modernen Anforderungen widersprechendes ständisches Wahlsystem zu den Bürgerschaftswahlen zu „reformieren", will aber die Gelegenheit benutzen, nach bekannten Methoden unsere Genossen aus dem hanseatischen Parlament hinauszubugsieren, indem das Klassenwahlrecht von einem Zensus abhängig gemacht werden soll. Die geplante „Reform" läuft also auch dort nach „bewährten" Mustern auf einen Wahlentrechtungsversuch größeren Stiles hinaus. Unsere Bremer Genossen werden in den Versammlungen energischen Protest gegen das Wahlrechtsattentat als ein Attentat auf ihre eigene politische Ehre einlegen.

Völliges Schweigen! Ueber Vertragsverhandlungen zwischen England und Deutschland wird der Nat.-Ztg. aus London gemeldet: Vergangenen November machte die britische Regierung plötzlich den Vorschlag, einen neuen Handelsvertrag abzuschließen. Deutschland antwortete entgegenkommend, machte aber auf die fiskalische Agitation und eine mögliche Veränderung britischer fiskalischer Politik aufmerksam. Lansdowne erwiderte, das liege noch in weitem Felde und wiederholte die Einladung zu den Verhandlungen. Darauf entgegnete Deutschland: „Gut, wir sind zu einem neuen, allgemeinen Handelsvertrag bereit, aber machen wir erst den Anfang damit, einen modus vivendi zwischen Deutschland und Kanada herzustellen." Seitdem ist die britische Regierung in ein völliges Schweigen verfallen.

Beihilfe zum Hochverrat gegen die „befreundete" Macht. Gegen die Meldung der Königsb. Hart. Ztg., es bestehe der Verdacht, daß der Krankenkassenrendant Genosse Braun sich der Wiederverhaftung durch die Flucht ins Ausland entzogen habe, erklärt die Königsb. Volksztg., Braun denke nicht daran, sich den Verhandlungen in der Geheimbundaffäre irgendwie zu entziehen. Brauns Gesundheit sei während der Untersuchungshaft vollständig zerrüttet, er habe im Gefängnis eine Blinddarmentzündung durchgemacht, von der er noch nicht geheilt sei. Während des Aufenthalts in Leipzig seien bei Braun wieder sehr heftige Blinddarmschmerzen aufgetreten. Der Arzt habe ihm empfohlen, sich zum Zwecke einer Operation in eine neue Heilanstalt zu begeben. Braun habe ausdrücklich erklärt, daß er zum Termin der Hauptverhandlung erscheinen werde. Wegen der verhängten Briefsperre fehlen seiner Frau direkte Nachrichten. Alles spreche dafür, daß Braun unterwegs den Rat einer medizinischen Autorität einholte und sich in eine Heilanstalt begab.

Leipzig und Halle. Von der Anklage der Majestätsbeleidigung wurde am Freitag in Halle der Redakteur des sozialdemokratischen Volksblattes **freigesprochen**, das einen Artikel über einen in Wien verstorbenen angeblichen Verwandten des Kaisers Wilhelm II. gebracht hatte. Der Staatsanwalt hatte 6 Monate Gefängnis beantragt. — Unseren Leipziger Genossen ist die beunruhigende harmlose Fünfzeilennotiz bekanntlich zu einer sehr teueren Rechnung geworden.

Achtungsverletzung. Wie Achtungsverletzungen entstehen, konnte man in einer vor dem Oberkriegsgericht des 8. Armeekorps in Koblenz verhandelten Berufungssache ersehen. Das Kriegsgericht der Kommandantur Koblenz hatte am 18. Dezember v. J. den Musketier Stilk der 6. Kompagnie des Infanterie-Regiments Nr. 28 wegen Achtungsverletzung gegen den Unteroffizier Busch und schwerer Beleidigung desselben zu drei Monaten Gefängnis verurteilt; der Musketier Thomas wurde wegen Achtungsverletzung in Verbindung mit Drohung zu drei Wochen strengen Arrests verurteilt, zwei andere mitangeklagte Musketiere wurden freigesprochen. Gegen dieses Urteil erhob Stilk Berufung, gegen die Verurteilung des Thomas erhob der Gerichtsherr Berufung. Am Abend des 22. November war es auf der Stube der Angeklagten etwas unruhig. Unteroffizier Busch kam auf die Stube, der Lärm verstummte. Busch zog dem Musketier Ley die Bettdecke weg und warf sie zur Erde. Darüber war Ley erregt und nun äußerten sich die Leute in ihrer Art über Busch, nachdem dieser weggegangen war. Busch hörte am **Schlüsselloch an der verschlossenen Türe**, es fielen allerlei Bemerkungen; Busch kam wieder in die Stube und ließ zwei Musketiere verhaften; er kam auch an das Bett des Stilk der

---

kappchen in ihrem boomischen Tüchel und so außer Maßen gelassen und fest zugleich. Zum Sprechen war keine Zeit weiter. Denn Mathilde hatte den Mund offen und rührte ihn nicht. Sie stammte nur in Lärm und Glanz und lachte ohne einen Ton übers ganze Gesicht, daß man ihre Augen sah, wie zwei helle Tropfen, und ihre großen weißen Zähne wie ilfene Perlen. Bis das Schauspiel sich änderte. Bis die wehenden Reiherbüsche nahe herankamen, bis dann die Regimenter sich zu bewegen anfingen, ein Zug nach dem andern sicher stampfend vorbeimarschierte, im ewigen Kling- und Pauken- und Trommel- und Pfeifenspiel, bis man gar nicht wußte, was sich begab, weil sich die Soldaten nach ihrer Seite zusammenscharten und die Aussicht eine Weile ganz benahmen, und bis man sah, daß jetzt das geordnete Bild sich langsam zu lösen begann, und auch in die schauende Menge ein Gefühl der Erlösung kam.

Da sah sich Mathilde um, daß sie immer noch den Arm des blonden Mannes hielt.

„Mein Gott," sagte sie, „entschuldigen Sie nur!" wie es jetzt leerer in der Reihe wurde, weil einiges Volk schon einem Regiment, das vom Platze marschierte, nachlief.

„Nicht wahr, Sie haben gut gesehen," sagte er lachend. „Das freut mich."

(Fortsetzung folgt.)

Politische Satire. Richter und Staatsanwalt (nach der Gerichtsverhandlung): „Daß Sie den Redakteur dreiviertel Jahr in Untersuchungshaft behalten haben? Die Freisprechung war doch eigentlich vorauszusehen?" — „Aembesweg'n, ambesweg'n, Herr Kaiser, jetzt hab der Lumich zuwenigstens seine Schtrafe weg!"

(Simplicissimus.)

SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id416950779-19040201/2 gefördert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft DFG